



Gemeinsame Erklärung zur EU Waldstrategie 2030

der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft der
Bundesrepublik Deutschland Julia Klöckner und der
Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus der
Republik Österreich Elisabeth Köstinger

Oberhausen bei Kirn, den 26. August 2021

Anlässlich ihres gemeinsamen Treffens auf Schloss Wartenstein in Oberhausen bei Kirn am 26. August 2021 fordern die Bundesministerinnen Deutschlands und Österreichs, Julia Klöckner und Elisabeth Köstinger, eine Neuausrichtung und ausgewogene Justierung der neuen Waldstrategie der EU.

Gemeinsame Erklärung zur EU Waldstrategie 2030

Guter Zustand der Wälder Europas

Die Wälder Europas sind trotz der zunehmenden Gefährdungen durch Dürre, Borkenkäfer und weitere Klimafolgeschäden in einem insgesamt guten Zustand. Dies bescheinigen die offiziellen internationalen Waldberichte der dafür verantwortlichen Organisationen, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sowie die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder Europas (Forest Europe). Politische Entscheidungen zum Wald sind auf dieser wissenschaftlich anerkannten Basis zu treffen.

Die großen Fortschritte bei der Walderhaltung, der naturnahen Waldbewirtschaftung und der Integration von Naturschutzbelangen in den letzten Jahrzehnten in den Wäldern innerhalb der EU zeigen den Erfolg der Mitgliedsstaaten in der Waldpolitik. Dies steht im positiven Kontrast zu vielen anderen Regionen der Welt, in denen die Waldfläche weiterhin abnimmt und Wälder durch nicht nachhaltige oder illegale Nutzungen geschädigt werden. Nur durch nachhaltige Waldbewirtschaftung kann jetzt und in Zukunft den vor allem von außen auf unsere Wälder einwirkenden Herausforderungen, insbesondere aufgrund des Klimawandels und von Wetterextremen, begegnet werden. Die Kommission spricht in ihrem Vorschlag zwar viele wichtige Aspekte der Waldpolitik an. Doch die konkreten Maßnahmenvorschläge sind sehr einseitig auf zentralistische Vorgaben für den Schutz der Wälder ausgerichtet.

Wichtigkeit einer regional angepassten, multifunktionalen nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Die Wälder innerhalb der EU weisen eine große Vielfalt und unterschiedliche Merkmale in ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension auf. Vor diesem Hintergrund sind die in den Mitgliedstaaten historisch gewachsene nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung sowie die breite Streuung des Eigentums bei Bund, Ländern, Kommunen, Kirchen und Millionen von privaten Waldbesitzenden, Garantien für an die örtlichen Verhältnisse bestmöglich angepasste Lösungen.

In Anbetracht dessen hat sich in den Mitgliedstaaten eine hohe Expertise, ein großer, regional differenzierter Erfahrungsschatz und eine umfangreiche wissenschaftliche Aufarbeitung der Waldbewirtschaftung etabliert, die eine Zentralisierung der Waldpolitik nicht rechtfertigt.

Dem entsprechend verfügen die EU-Mitgliedsstaaten, so auch Deutschland und Österreich, über eine Vielzahl angepasster naturnaher Waldbewirtschaftungskonzepte, die auch die biologische Vielfalt und damit neben der ökonomischen, auch die ökologischen und sozialen Funktionen der Wälder gezielt fördern und erhalten.

Kooperation zwischen Mitgliedsstaaten und Kommission bei der Waldpolitik

Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission, zentralistisch die Planungshoheit für Wälder zu übernehmen und rechtlich verbindliche Vorgaben für die EU-Mitgliedstaaten vorzusehen, sind abzulehnen. Diese Vorschläge basieren auf nicht repräsentativen Einschätzungen für spezifische Schutzgebiete und gehen viel zu weit, denn sie bedeuten einen Eingriff in den Kernbereich dessen, was Waldpolitik und deren strategische Ausrichtung in den Mitgliedstaaten umfasst. Sie sind somit nicht mit der bewährten und in den EU-Verträgen verankerten Kompetenzordnung und Subsidiarität vereinbar.

Die EU-Waldstrategie 2030 sollte sich im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtungsweise darauf fokussieren, die nationalen Waldstrategien der Mitgliedstaaten sinnvoll zu ergänzen. Dazu gehören v. a. ein gemeinsames Vorgehen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wälder gegenüber dem Klimawandel und die Förderung der Versorgung, u.a. für die Bioökonomie und den Holzbau, mit unserem wichtigsten nachwachsenden Rohstoff Holz aus den eigenen, nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. Die EU-weite forstliche Förderung sollte fit-for-purpose gemacht werden und Umweltleistungen der Waldbesitzenden im EU Rahmen entsprechend honorieren.

Entgegen bisheriger mündlicher Zusagen gehen die Kommissionsvorschläge kaum auf die sehr konkreten Vorschläge der Mitgliedstaaten vom November 2020 ein. Deutschland und Österreich setzen sich vor allem für das darin geforderte stärkere kooperative Vorgehen der Mitgliedsstaaten und der Kommission auf EU-Ebene ein.

Julia Klöckner
Bundesministerin
für Ernährung und Landwirtschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin
für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus
der Republik Österreich